

**Ständiger Rat  
vom 7. September 2006**

**Stellungnahme zur Ansprache von Frau Carla del Ponte,  
Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für Ex-Jugoslawien**

Herr Vorsitzender,

Die Schweiz möchte die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für Ex-Jugoslawien hier im Ständigen Rat einmal mehr herzlich begrüßen. Wir sind Frau Carla Del Ponte dankbar für ihr persönliches und beharrliches Engagement im Kampf gegen die Straflosigkeit von Kriegsverbrechen im Rahmen des ICTY. Es liegt in der Tat nicht nur im Interesse der internationalen Gemeinschaft, dass Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die Regierungen und Bürger der betroffenen Staaten müssen daran interessiert sein, dass Recht angewandt und Straftaten geahndet werden. Nur so kann sich die Friedens- und Rechtsordnung in der Region konsolidieren. Die Schweiz unterstützt den Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien und insbesondere die Arbeit seiner Chefanklägerin.

Wir begrüßen daher Frau del Pontes Aufforderung an diese Regierungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihrer Justizorgane zu verstärken. Es darf im 21. Jahrhundert, im zunehmend sich integrierenden Europa, nicht mehr vorkommen, dass Kriegsverbrecher unbehelligt bleiben, weil ein Staat weder selbst die Strafverfolgung durchführt noch die Angeschuldigten ausliefert. Dieses „Fenster der Straflosigkeit“, wie die Chefanklägerin es nennt, muss verriegelt werden. Die von ihr vorgeschlagene Konferenz aller betroffenen Staaten unter Einschluss von Europarat und EU-Kommission, scheint uns ein probates Mittel, dieses Problem möglichst konsensuell anzugehen.

Im Sinner einer Stärkung der Eigenverantwortung begrüsst die Schweiz die Überweisung einzelner Fälle von Den Haag zurück an Strafverfolgungsbehörden und Justizorgane in den Herkunftsländern der Angeschuldigten. Die Beobachtung dieser Verfahren durch Vertreter der OSZE garantiert die Durchführung eines rechtsstaatlichen, fairen Verfahrens, das mit den internationalen Verpflichtungen in Einklang steht.

Herr Vorsitzender,

Der heutige Besuch der Chefanklägerin des ICTY verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig diese Institution für die Aufarbeitung der Konflikte in Ex-Jugoslawien und damit für Sicherheit und Stabilität in der Region ist. Die Opfer von Kriegsverbrechen haben nicht nur einen rechtlichen Anspruch auf Bestrafung der Verantwortlichen. Die Sühne für vergangene Verbrechen ermöglicht erst den Beginn eines Versöhnungsprozesses, ohne den die Region sich kaum dauerhaft und friedlich entwickeln kann.

Das zeitlich begrenzte Mandat der Chefanklägerin und des Haager Strafgerichtshofes macht uns deutlich, dass die noch hängigen Verfahren mit Entschlossenheit einer Entscheidung zugeführt werden müssen. Dazu braucht es die Mitarbeit aller betroffener Staaten. Die Hoffnung, durch Fristenablauf einer Verurteilung entgehen zu können, ist trügerisch. Ungelöste Fälle werden wie ein Schatten nicht nur über der Person selbst, sondern auch über der verantwortlichen Regierung schweben und deren Ansehen beeinträchtigen. Die internationalen Beziehungen werden sich immer mehr auf völkerrechtliche Vereinbarungen stützen, wobei Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit eine zentrale Rolle spielen. Es muss daher im Interesse eines jeden Staates liegen, sich klar für den Vorrang des Rechtes auszusprechen und danach zu handeln.

Es bleibt mir, Frau Del Ponte und ihrem Team herzlich zu danken für ihren Einsatz zugunsten einer Friedensordnung, welche dem Westbalkan erlauben wird, sich innerhalb des gesamten wie des südöstlichen Europa weiter zu entwickeln und zu integrieren. Gutnachbarschaftliche Beziehungen sind eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Handeln in einer sich globalisierenden Welt. Ich wünsche dem Internationalen Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien und seiner Chefanklägerin viel Erfolg bei ihren Bemühungen, begangenes Unrecht aufzudecken und damit klarzustellen, dass Kriegsverbrecher nicht mehr mit Straflosigkeit rechnen können.

Herr Vorsitzender, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.